

NEIN zu den kantonalen SARZ-Vorlagen vom 17. Juni 2007

Die PdA lehnt das kantonale Abstimmungspaket zur SARZ (Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit), sowohl die Änderung der Verfassung auch als des Gemeindegesetzes, als Machtverschiebung in die falsche Richtung ab. Die vorgeschlagenen Änderungen und Konzepte der Regionalisierung schwächen die Demokratie und erleichtern Entscheide über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Die Vorlage unter dem Titel "Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit" nimmt sich aus, als wäre sie die bloss logische Konsequenz aus der Abschaffung der Amtsbezirke. Der Inhalt der Vorlage ist jedoch zweischneidig und höchst brisant. Ohne dem Ziel einer effizienten und transparenten Verwaltung im Interesse der breitesten Bevölkerungskreise sichtbar näher zu kommen, würde sich der Kanton Bern mit Annahme dieses Pakets von guten demokratischen Grundsätzen verabschieden.

So werden uns Volksabstimmungsverfahren schmackhaft gemacht, bei denen durch das verlangte doppelte Mehr von Bevölkerung und Gemeinden der Stimme von EinwohnerInnen kleiner und kleinster Gemeinden ein höheres Gewicht zukommen soll als der Stimme in der Urne einer grösseren Gemeinde. In Kombination mit dem verschärften Wettbewerb um die Ansiedelung reicher Steuerzahler droht mit der Preisgabe des Grundsatzes "Ein Mensch – eine Stimme" der Beginn einer Entwicklung zum Klassenwahlrecht. Heute schon fällt Reichtum nicht selten zusammen mit dem Wohnsitz in einer steuergünstigen Gemeinde. Soll das Vorrecht nun noch mit einem privilegierten Stimmrecht abgerundet werden? Auf eidgenössischer Ebene sind die heilvollen Wirkungen sowohl des Ständemehrs wie auch des Ständerats bekannt, und beide Einrichtungen wurden von der PdA immer schon als undemokratisch bekämpft. Wieso sollte auch ausgerechnet der bevölkerungsstarke Kanton Bern, der durch die solche Bundesregelungen systematisch gegenüber kleinen Kantonen benachteiligt wird, dergleichen in seinem eigenen Staatsrecht absegnen?

Undemokratisch ist ferner die beabsichtigte Verlagerung von Kompetenzen, die bislang in der Hand der Gemeinde lagen, an regionale Konferenzen von Gemeindepräsidenten, ohne dabei festzulegen, dass die Präsidenten wirklich auch die Gemeindebeschlüsse vertreten müssen. In ihrer Gesamtheit sind die Gemeindepräsidenten parteipolitisch viel einseitiger zusammengesetzt als die im Proporzverfahren bestellten Kollektivbehörden.

Wie schon bisher den Gemeinden, spricht der Grosse Rat auch den Regionen das Recht ab, selbst zu entscheiden, wie weit sie die ausländischen Einwohner in das Gemeinwesen einbeziehen wollen. Überhaupt hat der Grosse Rat die gebotene Gelegenheit vertan, bei dieser Neuorganisation die demokratischen Elemente allseitig zu stärken. Eine solche Machtverschiebung wäre nötig, denn ohne die Teilnahme der breitesten Bevölkerungsmassen an allen Belangen der Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung kann nicht sichergestellt werden, dass Behörden die Interessen, denen sie dienen sollen, unmittelbar aus der Hand der Betroffenen erfahren.

PS: Auf kantonaler Ebene empfiehlt die PdA ferner ein JA zum Ausbau der Tramlinie Bern-West; ein NEIN zum stadtbernischen Euro-08-Kredit sowie ein NEIN zur eidg. 5. IV-Revision!